

Kleine Leute machen sich große Sorgen

FP 21. JUNI

Der Vogtlandkreis plant aufgrund seiner Finanznot massive Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit. Betroffene verschaffen sich im Kreistag Gehör.

VON UWE SELBMANN

BAD ELSTER/PLAUEN – Es wurde ganz still im Saal, als der elfjährige Benjamin Leucht in der Einwohnerfragestunde des Kreistages an das Mikrofon trat. Beherrzt fragte der junge Oelsitzer was aus den Kinder- und Jugendzentren der Region werden soll, wenn künftig das Geld für sie fehlt und sie geschlossen werden müssten: „Was sollen die Kinder dann tun? Es ist doch das Einzige, was die Kinder in Oelsitz haben.“

„Das hat Dir wohl jemand erzählt, dass geschlossen werden soll?“, fragte Landrat Tassilo Lenk (CDU) von der Bühne im Saal der Vogtlandklinik herab. Als der Junge beharrte, sagte Lenk: „Ja, siehste, darüber wollen wir ja jetzt reden.“ Ob der Junge am Ende aber wusste, was der Beschluss des Spar-Etats 2014 für ihn, seine Freunde und ihre Sorgen zu bedeuten hat?

Cornelia Birkner, die Leiterin der Jugendarbeit im Mehrgenerationenhaus Goldene Sonne in Oelsitz, weiß es nicht. „Es wäre schon schön, wenn mit uns mal jemand spricht. Bisher ist nur bekannt, dass das Geld 2015 um 50 Prozent gekürzt werden soll. Ob man aber die Hälfte der Zentren schließt oder wir weniger arbeiten sollen – ist völlig unklar.“

Insgesamt acht Vereinsvertreter kamen in der Fragestunde zu Wort. „Schämen Sie sich kein bisschen, die Jugend so im Stich zu lassen?“, fragte Sven Dähmlow aus Plohn. Marcel Bechert aus Lengfeld: „Wir haben Sie nicht gewählt, um uns unserer Möglichkeiten berauben zu lassen.“ Monique Egemann aus Plauen erinnernte an die Konzeption „Familien-



In der Einwohnerfragestunde des Kreistages trat Benjamin Leucht ans Mikro: Wenn künftig Geld für die Kinder- und Jugendzentren fehle, „wo sollen die Kinder denn dann hin?“, fragte der Elfjährige die Abgeordneten. FOTO: HARALD SUTSKI

entfreundliches Vogtland 2020“ und fragte: „Wie lässt sich das mit den Kürzungen vereinbaren?“

13 Kinder- und Jugendzentren gibt es im Vogtland. Sie halten eigenen Angaben zufolge wöchentlich mehr als 60 Angebote bereit und erreichen damit 124.800 Besuche von Kindern und Jugendlichen im Jahr. Das entspricht im Durchschnitt 40 Gästen täglich an Wochentagen. Die Kreistage hatten mit ihrer Entscheidung die Wahl zwischen Pest und Cholera: Ja zum Spar-Etat mit Kürzungsverschlüssen, das Nein bedeutete die Verlängerung der im April erlassenen Ausgangssperre. Nur dank eigener Stimme brachte Landrat Lenk die Mehrheit für den Spar-Etat zu Stande.

Der Ort für die letzte Sitzung des amtierenden Kreistages war gut gewählt: In der Vogtlandklinik Bad Elster ging es um die Finanzen des Landkreises. Demen geht es gar nicht gut. Über die Runden kommt man nur dank millionenschwerer Finanzspritzen des Preisstaates und weiß Städte und Gemeinden mehr Geld in den Kreis laut des Patienten pumpen. Um im Bild zu bleiben: Mit Beschluss des Spar-Etats ist die Kreisverwaltung zwar aus der Intensivstation raus. Aber gesund sind ihre Finanzen noch lange nicht. Über die richtige (Spar-)Therapie muss erst noch gestritten werden. Vielleicht ist ja der ganze Apparat zu teuer, an dem das Häutchen Elend hängt? Der nächste Kreistag, der fast zur Hälfte aus neuen Räten besteht, muss sein, was der alte nie war: Vom ersten Moment an hellwach, kritisch und fördernd.

KOMMENTAR
Raus aus dem Koma
VON UWE SELBMANN
uwe.selbmann@freiepresse.de



Stimmen aus der Etat-Debatte im Kreistag: „Folgen der Entscheidung ab 2015 zu spüren“

Lutz Käzfel (SPD): „Dieser Haushaltsplan hat wie der vorherige seine Wehler. Der liegt darin, dass der Landrat die Beschlüsse des Finanzausschusses ignoriert. Der hatte eine Erhöhung der Kreisumlage von zwei Prozent empfohlen. Natürlich sind die Bürgermeister nicht begeistert. Aber noch weniger begeistert sind sie, wenn – wie jetzt – der Landkreis die Umlage rückwirkend erhöht.“

Dieter Kleisling (CDU): „Vieles von den Sparvorschlägen bezieht sich erst auf 2015 und 2016 und muss erst noch beraten werden. Beschulungsgegenstand ist das heute nicht.“

Waltraud Klarner (Linke): „Ich bin vorsichtig und habe meine Zweifel. Wenn ich heute hier zustimme, stimme ich ja indirekt auch den Sparvorschlägen zu.“

Karin Hörer (Linke): „Ich freue mich, dass heute eine Vielzahl von Bürgern den Mut gefasst hat, uns hier ihre Sorgen vorzutragen. Wir wissen alle: Folgen der heutigen Entscheidung bekommen wir ab 2015 zu spüren. Wer heute zum Etat Ja sagt, nimmt diese Folgen in Kauf.“

Johannes Graupner (CDU): „Wenn wir den Etat nicht beschließen, bleibt es bei der Haushaltssperre. Dann gibt es für freiwillige Aufgaben null Geld. Das sollte bei der Entscheidung mit bedacht werden.“

Sören Volgt (CDU): „Vor acht Wochen haben wir nicht gewusst, wie wir die Situation lösen sollen. Wollen wir froh sein, dass das Ergebnis der Verhandlungen zum Finanzausgleich so gut ausgefallen ist.“

Sven Gerbeth (FDP): „Die Verantwortung für die Situation bleibt trotzdem beim Freistaat. Acht Millionen Euro mehr pro Jahr klingen zwar gut, reichen aber bei weitem nicht aus.“

Knapp vorbei ^{VA} an Haushaltssperre ^{20.6.14}

Der Vogtlandkreis entging gestern knapp einer erneuten Haushaltssperre. Die Sondersitzung des Kreistages in Bad Elster hatte mit Protestaktionen von Freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden begonnen: Sie protestierten gegen Kürzungen im sozialen Bereich.

Bad Elster – Bei namentlicher Abstimmung votierten 32 Kreisräte für den Nachtragshaushalt, 31 lehnten ab und sieben Kreisräte enthielten sich. Das war knapp. Sichtlich fassungslos nahm Landrat Dr. Tassilo Lenk das Ergebnis zur Kenntnis.

Die Ablehnung des nachgebesserten Haushaltes hätte auch zur Folge gehabt, dass mindestens bis Jahresende sämtliche freiwillige Leistungen nicht gezahlt werden. Das hatte unmittelbar vor der Abstimmung auch Johannes Graupner (CDU) ver-

deutlicht. „Bei Ablehnung des Nachtrages gibt es Null Geld für alle freiwilligen Aufgaben. Leidtragende sind die Freien Träger, weil dann vieles nimmer geht.“

Er könne sich nicht vorstellen, dass die Kreisräte gewollt hätten, die gegen den Nachtragshaushalt gestimmt haben, sagte Lenk am Ende der Kreistagssitzung.

Von den Freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden waren gestern viele Vertreter anwesend. Die Stimmung war emotionsgeladen. Mit Wortbeiträgen während der Bürgerfragestunde, Beifallsbekundungen am Rande und mit schriftlichen Einwendungen zur Nachtragssatzung des Vogtlandkreises für das Haushaltsjahr 2014 protestierten sie gegen die angekündigten Kürzungen im sozialen Bereich.

Über alle zehn Anträge zum Nachtragshaushalt wurde einzeln abgestimmt. Kreisrätin Antje Hofmann formulierte immer den gleichen Wortlaut, man nehme den Antrag zur Kenntnis, arbeite ihn aber nicht in die Nachtragssatzung ein. Alle zehn Anträge wurden auf diese Weise mehrheitlich abgewiesen. *M. Dähn Seite 3*

Kätzel fordert höhere Kreisumlage

UA
20.6.14

Die Kreisumlage wird um ein Prozent erhöht. Auch wenn Lutz Kätzel (SPD) gestern in Bad Elster eine Erhöhung der Umlage um zwei Prozent forderte.

Bad Elster – Eine Mehrheit fand der am Ende der Sitzung eingebrachte Antrag von Lutz Kätzel nicht – nur acht Kreisräte stimmten dafür. Bereits im Vorfeld der Debatte um den Nachtragshaushalt hatte sich Kätzel mehrfach zu Wort gemeldet. Der neue Haushalt habe die gleichen „Webfehler“ wie der alte. Wolle der Vogtlandkreis nicht nur zahlungsfähig, sondern auch handlungsfähig für Aktionen sein, müsse man sich zu einer um zwei Prozent erhöhten

Kreisumlage bekennen, mahnte Kätzel. Auch wenn die Bürgermeister davon nicht begeistert seien, halte die SPD die Erhöhung um ein Prozent für einen Fehler, betonte der SPD-Kreisrat. Man werde sich bald wieder mit dem Thema befassen müssen nach dem Motto: „Und ewig grüßt das Murmeltier“, fügte Kätzel an.

Sören Voigt (CDU) erinnerte an die deutlich verbesserte Finanzsituation des Kreises durch die FAG-Verhandlungen. Hierbei hatte der Landrat in den Jahren 2015/16 jeweils acht Millionen Euro für den Vogtlandkreis herausgeholt. Auch für den Umbau des Horten zum Landratsamt gibt es Ende Juli zusätzliche fünf Millionen Euro. „Wie stünde der Kreis da, kämen diese Mittel nicht?“, gab Sören Voigt zu bedenken.

Zustimmung fand der Nachtrags-

haushalt auch in der Fraktion der FDP. „Schon die Erhöhung der Kreisumlage um ein Prozent belastet die Kommunen enorm“, so Sven Gerbeth.

Für weniger Polemik plädierte Kreisrat Andreas Jacob (CDU). Der Markneukirchner Bürgermeister ist ein Mann der Finanzen. „Haushalt ist Mathematik. Polemik hat hier wenig zu suchen“, so Jacob. Wer wissen wolle, was der Vogtlandkreis an Sozialausgaben stemmen müsse, müsse Zahlen für sich sprechen lassen.

Besänftigende Worte fand Dieter Kießling (CDU). Er versuchte sich als Vermittler zwischen Bürgerschaft und Kreisräten. Denn während der Bürgerfragestunde kam es zu lautstarken Protesten aus den Zuschauerreihen. Mit Argumenten gewappnet, protestierten zur Kreistagsitzung in

Bad Elster gestern etliche Bürger. Ein Großteil von ihnen ist engagiert in sozialen Bereichen. Gegen die geplanten Kürzungen sozialer Mittel regte sich Widerstand. Kießling erinnerte an die langjährige Kreistagsarbeit, die auch er begleitet hat. Seit 1996 habe es immer wieder finanziell schwere Zeiten gegeben. Doch immer wieder sei es gelungen, den Verpflichtungen Freier Träger nachzukommen. Auch 2016 werde man aufeinander zukommen. „Es ist ein Geben und Nehmen“, so Kießling.

Stefan Kademann (Linke) forderte schließlich eine namentliche Abstimmung über den Nachtragshaushalt. Denkbar knapp wurde die Abstimmung mit 32-Ja-Stimmen, bei 31-Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen schließlich auf den Weg gebracht.

Marlies Dähn

Sparpolitik auf Rücken der Kinder

Plauen – Wie aus den Unterlagen zum Nachtragshaushalt des Vogtlandkreises 2014 ersichtlich wurde, sollen die Angebote der offenen Jugendarbeit im nächsten Jahr gegenüber den bisherigen Zuschüssen halbiert werden.

Dieses Vorhaben zerstöre die Jugendhilfelandchaft im Vogtlandkreis so einschneidend, dass ein Handeln nicht mehr möglich sei, stellt der Ortsvereinsvorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes, Andreas Färber, fest. Für die Kinder und Jugendlichen im Vogtlandkreis bedeuten die Einsparungen, dass sie 2015 auf die Hälfte der bestehenden Angebote verzichten müssen. Es heißt aber auch im Klartext, dass die Hälfte der Fachkräfte entlassen werden müssen, die in anderen Kreisen und Bundesländern gern aufgenommen werden, beschreibt Färber die Situation. Gespart werde durch die Kürzungen letztendlich nichts, was die Zahlen der eigenen Jugendhilfeplanung belegen würden. Was in der Kinder- und Jugendarbeit eingespart werde, wird teuer für Heimunterbringungen und die Betreuung de-

linquenter Jugendlicher verausgabt. Es liege in der Macht der Erwachsenen jene Angebote einfach einzusparen. Für die Kinderschützer entstehe dabei der Eindruck, dass die Kinder und Jugendlichen des Vogtlandkreises bewusst benutzt werden, um die politischen Träger unter Druck zu setzen. Insbesondere das Argument der freiwilligen Leistungen im Bereich des Kinder- und Hilfesetzes beinhaltet Färber zufolge eine falsche Auslegung der Antragssteller. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz selbst sei nie die Rede von freiwilligen Leistungen. Alle Paragraphen im Gesetz sind Pflichtleistungen der öffentlichen Jugendhilfe. Mit der Betonung Freiwilligkeit werde stattdessen bewusst der Anschein vermittelt, es handle sich um zusätzliche Leistungen, die der Vogtlandkreis erbringe, was so nicht stimmt. „Diese Haltung – wir zahlen nur wenn, wir nicht anders können und müssen – bringt die Art und Weise der zurzeit erlebbaren Sozialpolitik im Vogtlandkreis auf den Punkt“, schließt Färber und fügt an: „Unsere Kinder hätten etwas Besseres verdient.“